

Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 297 November 2007

Neues QCEA Projektthema: Energie, Umwelt und Konflikt

Die europäische Energiepolitik ist, ob wir das nun gut finden oder nicht, auf komplizierte Art mit Konflikt und Konfliktprävention verwoben. Gegenwärtige und zukünftige Konflikte, die sich direkt oder indirekt auf die Nachfrage nach Energie beziehen, sind ein Gebiet, bei dem alle Themen aus dem Arbeitsspektrum des QCEA - Frieden, Menschenrechte und ökonomische Gerechtigkeit - ins Spiel kommen und systematisch erkundet werden müssen. Als Quäker, die auf europäischer Ebene arbeiten, sehen wir einen Bedarf für eine Quäkerstimme im Diskurs über Energie, Veränderungen der Umwelt und Konflikt. Einige Quäkereinrichtungen und -institutionen sind schon aktiv im weiten Feld der Umweltthemen, und als speziellen QCEA-Beitrag zu dieser Arbeit haben wir die Konzentration auf Politikentwicklung und Lobbyarbeit auf europäischer Ebene identifiziert, wobei wir an die Arbeitsergebnisse anderer Quäker-Organisationen anknüpfen möchten.

Diese Überlegungen veranlassten den QCEA (mit Unterstützung seines Rates), ein Projekt anzugehen, das die Verbindungen zwischen Energie, Umwelt und Konflikt untersucht. Dieses Projekt wird ab 2008 eine Auswertung der zugänglichen Literatur und Forschung ebenso umfassen wie die verschiedenen Akteure, die mit diesen Themen befasst sind: Regierungs-, Geschäfts-, Nichtregierungs- und religiöse Organisationen. Der Hauptteil des Projekts wird in neuer Forschung bestehen, einschließlich einer Analyse einiger Konflikttypen, die zu ein bis zwei detaillierteren Fallstudien ausgebaut wird, um die Verflechtungen zwischen Energie und Konflikt zu zeigen, und wie Veränderungen in Politik und Lebensstil im Hinblick auf Energie zu einer friedlicheren Welt beitragen können. Schlussfolgerungen und Empfehlungen aus dieser Arbeit werden dann genutzt für Lobbyarbeit mit relevanten Entscheidungsträgern. Das Projekt wird eine große Spannbreite von Politikfeldern abdecken, einschließlich derer, in denen besonders die EU (aber auch Mitgliedsstaaten) auf eine Art und Weise handeln, die angemessene Entwicklungen ermutigen oder entmutigen könnte.

Einige der wichtigsten Prioritäten für den QCEA in dieser Arbeit wären: Klarheit zu erreichen in der Differenzierung zwischen Entscheidungen auf EU- und auf nationaler Ebene; strategische Prioritäten für Lobbyarbeit herauszuarbeiten im Hinblick auf die Forschung im QCEA, auf die Arbeit des Projektpartners und auf die Einsichten, die aus der Arbeit anderer Quäkereinrichtungen gewonnen werden; sicherzustellen, dass Botschaften über „echte Sicherheit“, Überlegungen zu alternativen Modellen von Gesellschaft und Energieverbrauch und die Bedeutung von Menschenrechtsthemen und Konfliktsensibilität in relevanten Politikfeldern deutlich herausgearbeitet und für Entscheidungsträger zugänglich gemacht werden.

Als ein Ergebnis der jüngsten Beratungen mit anderen Quäkereinrichtungen, die auf diesem Gebiet arbeiten, sieht der QCEA die Möglichkeit einer engen Partnerschaft mit einer anderen Quäker-Agentur, die sich speziell mit möglichen Veränderungen in unserem eigenen Verhalten befasst, um die Themen des Klimawandels anzusprechen. Das „Living Witness Project“ im

Vereinigten Königreich tritt als ein solcher potentieller Projektpartner hervor.
(<http://www.livingwitness.org.uk/>)

Die Klimawandelpolitik und die Energiepolitik der EU sind gerade dabei, sich herauszubilden, und jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diese Themen anzusprechen, um besser in der Lage zu sein, die handelnde Politik zu beeinflussen, während sie sich entwickelt.

Der QCEA wird bald einen Politikbeauftragten einstellen, der an diesem Projekt arbeitet. Bitte kontaktiere info@qcea.org, wenn du informiert werden möchtest, wenn die Position ausgeschrieben wird.

Sophie Miller

Übersetzung: Christa Dommel

Bildung und die Verhinderung von gewalttätiger Radikalisierung

Bei ihrem Versuch, der terroristischen Bedrohung entgegenzutreten, hat sich die Europäische Kommission dem Thema der gewalttätigen Radikalisierung zugewandt. Gewalttätiger Radikalismus, oder „der Prozess, in dem einige Individuen dazu kommen, bestimmte Haltungen oder Überzeugungen zu übernehmen, die den Einsatz von Gewalt und Terrorismus rechtfertigen; eine bestimmte Form von Gewalt“, muss besser verstanden werden, damit die europäischen Gesellschaften sich den Bedrohungen effektiver widersetzen können, denen sie gegenüber stehen. Ein Gebiet, das bisher noch kaum untersucht wurde, ist die Rolle, die die Bildung bei diesem Prozess spielt.

Auf einer zweitägigen Konferenz, die letzten Monat stattfand, lud die Generaldirektion für Justiz, Freiheit und Sicherheit der Europäischen Kommission (DG JLS) eine Reihe von Experten ein, um genauer den Zusammenhang zwischen Bildung und den Radikalisierungsprozessen, besonders unter jungen Menschen, zu beleuchten. Die Konferenz nahm zur Kenntnis, dass die Kommission verschiedene Initiativen ergriffen hatte, die sich mit diesen Zusammenhängen befassen. Es wurden zum Beispiel 2006 drei Studien über gewalttätige Radikalisierung in Auftrag gegeben, Anfang 2007 eine weitere Studie vergeben über die besten Praktiken bei der Zusammenarbeit mit dem Ziel, gewalttätigen Radikalismus zu verhindern, und eine Expertengruppe über gewalttätigen Radikalismus gebildet, um die Kommission bei der Festlegung von Strategien in diesem Gebiet zu beraten. Diese Konferenz bot eine weitere Gelegenheit, wichtige Fragen auf diesem Gebiet zu diskutieren, bevor die Kommission ein Grundsatzdokument vorlegt, das 2008 erwartet wird, das gute Praktiken umreißt und konkrete Empfehlungen ausspricht.

Wut, Hass und Frust wurden herausgestellt als Faktoren, die empfänglich machen für gewaltsame, radikale Botschaften. Wenn diese Gefühle erkannt werden und durch Menschen mit ähnlichen Ansichten zu einer klaren Ideologie kanalisiert werden, dann bietet dies wütenden Individuen einen passenden Weg zu einer Identität an, wonach viele Radikale streben. Die Konferenz nahm zur Kenntnis, dass eine Identität, die durch ein soziales Klima erzeugt wird, das Radikalismus und Gewalt toleriert, eine ausschlaggebende Komponente darstellt. Wo Menschen nicht in der Lage sind, sich zu integrieren, und glauben, dass die Wohltaten einer bestimmten Gesellschaft ihnen nicht offen stehen, werden sie wahrscheinlich nach anderen Quellen der Anerkennung suchen. Ein muslimischer Scheich führte Beispiele an

von Moslems in Europa, denen es schwer fällt, eine europäische Identität anzunehmen. Dies erleichtere ihre Radikalisierung, sagte er.

Eine Reihe von Präsentationen befasste sich mit Radikalisierung unter jungen Moslems, und wie man sie angehen kann. Scheichs und Imams schlugen beispielsweise vor, gesetzlich vorzuschreiben, dass Imams und Moscheen offiziell registriert werden müssen; allen registrierten Moscheen vorzuschreiben, dass sie offiziell „Westliche Werte“ akzeptiert haben müssen (was heiß diskutiert wurde); größere Betonung in der Moscheen auf Personen, nicht so sehr auf Lehren; und die Möglichkeit, dass Radikale ihre Ansichten in Diskussionen mit der „schweigenden Mehrheit“ der Muslime in den Moscheen äußern können.

Es wurde wiederholt dazu aufgerufen, den Radikalen die Möglichkeit zu geben, ihre Ansichten zu äußern. Weitere Sprecher riefen alle Teilnehmer dazu auf, den Dialog mit Extremisten zu suchen. Wir müssen sie „aus der Dunkelheit holen und ins Licht bringen“ und mehr auf den gesunden Menschenverstand der Leute vertrauen. Wenn radikale Ansichten auf die Ecken von Moscheen und auf private Treffen im Verborgenen beschränkt sind, dann können Ideologien eher unwidersprochen bleiben. Wenn man die Gemeinschaft und die Öffentlichkeit einbezieht, kann man ihnen begegnen und sie in Misskredit bringen.

Die Konferenz hörte Beispiele, wie wichtig Schulen dafür sind, Toleranz und Verständnis für andere Kulturen zu entwickeln. Es wurde von einer weiterführenden Schule in den Niederlanden berichtet, wo eine gemischte Gruppe von christlichen, moslemischen und atheistischen Schülern aufgefordert wurde, darüber zu diskutieren, ob der Koran aus den Schulen verbannt werden sollte. Nachdem die Frage heiß diskutiert worden war, wurden die Schüler gebeten, die Stellung zu wechseln, sodass die Moslems die Ansichten der Atheisten verteidigen sollten und umgekehrt. Es stellte sich heraus, dass dies eine echte Lernerfahrung war, die das Verständnis zwischen den Schülern verbesserte.

Man sollte nicht vergessen, dass die Schulen, so wichtig sie sind, nicht die größte Rolle spielen bei der gewalttätigen Radikalisierung. Man kann von den Schulen nicht erwarten, dass sie alle Probleme der Gesellschaft lösen. Untersuchungen zeigen, dass persönliche und gesellschaftliche Erfahrungen weit mächtiger sind bei der Herausbildung von radikalen Ansichten als Erfahrungen in der Schule. Ein Forschungsbericht fand heraus, dass die Familie (40%) und die Gemeinde (40%) eine weit wichtigere Rolle für die Bildung von politischen Standpunkten junger Menschen spielen als die Schule (20%).

Der Bildung kommt eine wichtige Rolle zu bei der Aufgabe, der Radikalisierung unter jungen Menschen entgegenzutreten. Man kann in den Schulen mehr tun, um Verständnis und gegenseitige Wertschätzung zwischen den Kulturen zu fördern, aber die Gesellschaft muss auch ihre Verantwortung übernehmen. Wir brauchen offene und objektive Auseinandersetzungen mit Radikalen. Indem wir uns in ihre Ideologie versetzen und Gemeinsamkeiten entdecken, haben wir einen wichtigen Schritt bei der Bekämpfung der gewalttätigen Radikalisierung getan. Hoffentlich trägt diese Konferenz dazu bei, dass die Kommission im Jahr 2008 ein zweckdienliches und hilfreiches Grundsatzdokument beschließen wird.

Matt Loffman

Übersetzung: Eckard Teichert

Gesundheit im Gefängnis ist Volksgesundheit

Die zweite internationale Gefangenen-Gesundheits-Konferenz fand am 24. - 26. September 2007 in Varna statt. Auf der Konferenz trafen sich 130 Delegierte aus verschiedenen Ländern mit einem breiten Spektrum an beruflichen Interessen. Ärzte, Akademiker, Gefängnismitarbeiter und Entscheidungsträger waren alle auf dieser Konferenz repräsentiert, die dazu gedacht war, ein Bewußtsein für Aspekte der Gesundheit von Häftlingen zu schaffen und eine gute Praxis in diesen Belangen zu fördern.

Redner aus Bulgarien sprachen über gesundheitliche Probleme, die mit der Überbelegung von Gefängnissen und der zunehmenden Zahl von Gefangenen mit Drogenproblemen in Verbindung stehen. Derzeit sitzen zwischen 8000 und 9000 Häftlinge in Bulgarien ein, bei einer Kapazität von nur 3500 Insassen. Diese Überbelegung läßt Gefangenen in Gemeinschaftszellen gerade einmal zwei Quadratmeter, und in einigen Fällen teilen sich bis zu zwanzig Gefangene eine Zelle. Die Auswirkungen, die Überbelegung auf die Gesundheit von Gefangenen haben, sind beträchtlich. Infektionen können sich viel leichter und auf mehr Personen ausbreiten. Ärzte und andere Mitarbeiter sind überarbeitet und können es sich nicht leisten, jedem Gefangenen die Aufmerksamkeit zu geben, die notwendig ist, um Probleme zu identifizieren. Das Budget für die Verpflegung fällt sogar noch dürftiger aus, was es Gefangenen unmöglich macht, eine gute Ernährungsweise aufrecht zu erhalten.

In anderen Mitgliedsstaaten des Europa-Rates wird ein Anstieg der Zahl von drogenabhängigen Gefangenen beobachtet, was zunehmende Probleme für Gefängnisärzte und Gefängnismitarbeiter hervorruft. Wir erfuhren, dass das bulgarische Bewährungssystem, das seit 2005 in Kraft ist, 1606 Personen betreut, von denen rund 400 drogenabhängig sind. Der Leiter des Bewährungsdienstes teilte auf der Konferenz mit, dass wir, um mit diesen Problemen besser fertig werden zu können, die spezifischen, drogen-bezogenen Probleme identifizieren müssen, dass wir es vermeiden müssen, Einzelne als Drogenabhängige zu brandmarken, und dass wir uns auf die Stärke der Straftäter konzentrieren müssen, ein eigenes Selbstvertrauen aufzubauen.

QCEA veranstaltete ein Arbeitsseminar über die spezifischen Gesundheits-Bedürfnisse von weiblichen Häftlingen. Die Haftbedingungen und die Behandlung von schwangeren Frauen wurden diskutiert, ebenso wie Aspekte der Kinderbetreuung, was Babies in Gefängnissen mit einschließt. Ebenso behandelt wurde das Gesundheitsversorgungssystem und ärztliche Diskretion. Teilnehmer brachten ihr eigenes Wissen und Expertise ein, und es war eine hervorragende Gelegenheit, mit anderen Interessierten über diese Themen zu sprechen. Ein Thema, das die Gruppe geteilt hatte, war die Altersgrenze für Babies in Gefangenschaft. Diese schwankt in Europa zwischen Norwegen, wo Babies überhaupt nicht zulässig sind, und Estland und Lettland, wo es erlaubt ist, dass Kinder in Gefangenschaft bleiben, bis sie vier Jahre alt sind.

Es war auch erfreulich, vier anderen Präsentationen zu sehen, in denen es um die spezifischen Probleme von weiblichen Gefangenen ging. Eine besonders interessante Studie, in der untersucht wurde, durch was die Reintegration weiblicher Drogenkonsumenten nach der Haftentlassung beeinflusst wird, kam zu dem Schluß, dass die Aussichten auf eine erfolgreiche Reintegration verbessert wird, wenn die betreffende Frau eine Beziehung mit einem neuen

Partner hat, der keine Drogen zu sich nimmt, wenn sie eine starke Verbindung mit ihren Eltern unterhält, während sie einsitzt, oder wenn sie in eine andere Stadt zieht.

Eine Reihe von Hauptbeitr gen sprach HIV und AIDS in Gefängnissen an. Das Milieu in einer Haftanstalt, insbesondere wenn diese überbelegt ist, ist im hohen Maße förderlich für die Ausbreitung von HIV-Infektionen. Die Notwendigkeit, Gefangenen besser zu informieren, wurde allgemein betont. Forschungsergebnisse wurden präsentiert, die belegen, dass wo saubere Nadeln kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, weder die Anzahl der Gefangenen, die spritzen, noch die Menge, die gespritzt wird, zunimmt. Umgekehrt sank die Anzahl registrierter F lle von HIV signifikant.

Gesundheit in Gefängnissen gleich öffentliche Gesundheit. In fast jedem Land in Europa wird zuwenig Geld in die Gesundheit von Häftlingen investiert. Gefängnisse sind aber keine isolierten Gesellschaften. In Gefängnissen arbeitet auch ein Personal, dort sind Ärzte und Besucher. Und die Gefangenen selbst werden nach ihrer Freilassung Mitglieder der allgemeinen Öffentlichkeit (was oft innerhalb von achtzehn Monaten nach Haftantritt der Fall ist). Die europäischen Gef ngnisregeln aus dem Jahre 2006 besagen:

40.3 Häftlinge sollen Zugang zu den Gesundheitsdiensten in ihrem Land haben, ohne Diskriminierung aufgrund ihres rechtlichen Status.

Die Menschen, die in Gefängnisse geschickt werden, sind fast unausweichlich jene mit dem größten Bedarf an Gesundheitsversorgung. Es ist für die Gesellschaft wichtig, dass dieses Bedürfnis nicht vernachlässigt wird.

Matt Loffman

Übersetzung: Helge Moog

 sterreichischer Kriegsdienstverweigerer Franz J gerst tter selig gesprochen

In Gegenwart seiner 94 Jahre alte Witwe Franziska und 5000 weiterer Personen wurde der Kriegsdienstverweigerer Franz J gerst tter am 1. November 2007 in Linz (Österreich) selig gesprochen. Franz Lagerst tter wurde in die deutsche Wehrmacht einberufen, als er 36 Jahre alt war, aber er verweigerte den Dienst. Er wurde 1943 in Berlin exekutiert. Die katholische Kirche der 40 Jahre in Österreich verurteilte Franz Lagerst tter für seine Kriegsdienstverweigerung und lehnte jegliche Unterstützung für seine religiös motivierte Verweigerung, in der deutschen Armee zu dienen, ab. Papst Benedikt der XVI. hob nun hervor, dass Franz Lagerst tter "sein Leben für die Werte der Menschen gab."

Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) brachte das Schicksal von Kriegsdienstverweigerern, die dem Nazi-Terror zum Opfer fielen, einer breiteren Öffentlichkeit zu Bewußtsein, als es vor fünf Jahren einen Gedenkstein beim Konzentrationslager Mauthausen (nahe Linz) enthüllte, sowie einen Zweiten in Buchenwald im Jahre 2004.

Gerd Greune, Pr sident von EBCO

Übersetzung: Helge Moog